

KLAUS VIEWEG:

Normsetzung und -anwendung deutscher und internationaler Verbände — Eine rechtstatsächliche und rechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Sportverbände.

(Schriften zum Bürgerlichen Recht. Bd. 132.)

Berlin: Duncker & Humblot 1990.

396 S.; DM 178,—

(1) Die Jurisprudenz beschäftigt sich schon seit längerem mit Phänomenen des Sports. Dies findet seinen Grund nicht nur im Interesse von Rechtswissenschaftlern am Sport, sondern vor allem auch in den durch Eigenarten und Eigengesetzlichkeiten des Sports hervorgerufenen rechtsdogmatischen Problemstellungen. Hauptuntersuchungsgebiet war zunächst die Frage der Kontrolle von Entscheidungen der Verbandsgerichtsbarkeit wie die Auferlegung von Geldstrafen oder der Ausschluß aus Verbänden durch staatliche Gerichte (siehe jüngst H. P. WESTERMANN: Festschrift für Rittner, 1991, 771/772). Deutliches Zeichen für die weiter steigende Intensität und Extensität der Befassung nicht nur, aber auch mit diesem Problem ist das hier zu besprechende Buch VIEWEGS.

Die Arbeit ist aus mehreren Gründen beachtenswert. Zunächst handelt es sich um die — soweit ersichtlich — erste sportrechtliche Habilitationsschrift. Die Bezeichnung „sportrechtlich“ kann man der Arbeit vor allem deshalb zuerkennen, weil sie sich nicht nur — wie der Titel es möglicherweise zunächst vermuten läßt — insbesondere mit Fragen des Sport- und vor allem des Sport-

verbandsrechts befaßt, sondern sportrechtliche Fragen fast ausschließlicher Gegenstand der Untersuchung sind. Zum zweiten stammt sie aus der Feder eines Autors, der sich schon mehrfach mit Beiträgen zu sportrechtlichen Fragen zu Wort gemeldet hat. Schließlich ist sie in verschiedener Hinsicht grenzüberschreitend. Zum einen widmet sie sich einem auch internationalen Thema, außerdem beschränkt sich VIEWEG nicht auf eine rechtsdogmatische Untersuchung, sondern er beginnt zunächst mit einem rechtstatsächlichen Teil (dazu 2), und schließlich überbrückt er auch den dem deutschen Recht innewohnenden Gegensatz zwischen öffentlichem und privatem Recht, indem er unter beiden Aspekten die Grenzen der Sportverbandsautonomie bestimmt (dazu 3 und 4).

(2) VIEWEGS Arbeit basiert auf der Auswertung von (vielfach mehreren) Satzungen, Statuten, Regeln etc. 30 internationaler und 24 deutscher Sportverbände (etwa Satzung, Spielordnung, Rechts- und Verfahrensordnung, Lizenzspielerstatut allein aus dem Bereich des DFB). Das Untersuchungsfeld ist heterogen und bedarf der Strukturierung im tatsächlichen Bereich. VIEWEG liefert zu diesem Zweck nach den notwendigen Begriffsbestimmungen und einer Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes im zweiten Teil der Arbeit (49–126) eine rechtstatsächliche Analyse der Normen, Strafen und sonstigen Entscheidungen der internationalen Sportverbände. Trotz vieler Unterschiede im Detail zeigen sich einige Grundlinien, die als Problemvorgabe für den rechtsdogmatischen Teil dienen und gleichzeitig ihre argumentative Bewältigung unterstützen. Besonders interessant ist die von VIEWEG ausführlich belegte Feststellung, daß sich die internationalen Sportverbände deutlich durch Anationalität kennzeichnen und sich sogar um eine solche Anationalität bemühen (128). So stellt VIEWEG fest, daß es üblich sei, keine ausdrückliche Entscheidung über eine

bestimmte Rechtsform zu treffen (53). Damit wollen die internationalen Verbände offensichtlich eine Bindung an eine bestimmte staatliche Rechtsordnung vermeiden. Deutlich werde auch das Bestreben der internationalen Verbände, Konflikte durch eigene Organe zu regeln, unabhängig und nach Möglichkeit ohne Anlehnung an eine nationale Rechtsordnung und jedenfalls ohne Einmischung staatlicher Rechtspflege-Instanzen (siehe die Zusammenfassung, 125).

(3) Im Zentrum des dritten Teils der Untersuchung (von VIEWEG etwas allgemein mit „Rechtliche Problematik“ überschrieben) steht das Verhältnis zwischen den Regelsystemen der deutschen und internationalen Sportverbände einerseits und dem staatlich-nationalen Recht andererseits.

a) Hierbei geht es zunächst darum, welches „Recht“ sich durchsetzt, wenn die Entscheidung eines internationalen Verbandes mit dem nationalen Recht nicht im Einklang steht. Ein Beispiel hierfür aus dem Jahr 1988 ist die Sperre der Leichtathletin Sandra GASSER durch den Internationalen Leichtathletik-Verband IAAF wegen Dopingverdachts; ein Berner Gericht verpflichtete daraufhin den Schweizerischen Verband und die IAAF, die Sperre nicht mitzuvollziehen und aufzuheben (siehe 20, Fußn. 5). Die damit angedeutete Problematik ließe sich bezüglich der internationalen Sportverbände für die Rechtsordnung jeden Landes getrennt untersuchen. VIEWEG verzichtet jedoch auf eine rechtsvergleichende Darstellung und konzentriert sich auf das deutsche Recht. Dies war aus Platzgründen kaum anders möglich, hat allerdings auch zur Folge, daß die breit angelegte rechtstatsächliche Darstellung im rechtsdogmatischen Teil weitgehend nicht umgesetzt werden kann. Denn von den 30 zunächst berücksichtigten internationalen Sportverbänden haben derzeit nur drei (FIBA — Internationaler Basketball-Verband, UIT — Internationale Schützenunion, UIPMB — Internationale

Union für Modernen Fünfkampf und Biathlon, siehe 154, letztere zudem erst ab einem Zeitpunkt nach „Redaktionsschluß“) ihren Sitz in der Bundesrepublik und sind so dem deutschen Recht unterstellt.

Den Weg in der Überprüfung der Normsetzung und -anwendung internationaler Sportverbände aus der Sicht des deutschen Rechts eröffnet sich VIEWEG durch die Annahme, daß das staatliche Recht dem „Recht“ der internationalen Sportverbände vorgehe (142). Das läuft zwar dem Interesse der Verbände an einem einheitlichen Regelvollzug zuwider, ist aber zweifellos richtig. Kein Staat ist als Souverän auf seinem Gebiet verpflichtet, Entscheidungen privater internationaler Verbände für seinen Bereich als verbindlich und nicht überprüfbar anzuerkennen.

b) Sehr ausführlich widmet sich VIEWEG dann der Frage, welche Grenzen es für die Einräumung von Autonomie an deutsche und dem deutschen Recht unterstellte internationale Verbände gibt (165ff.). Die detaillierten Überlegungen können hier im einzelnen nicht referiert werden. Hervorgehoben sei aber die von VIEWEG vorgenommene Unterscheidung zwischen verfassungsrechtlichen Minimal- und Maximalgrenzen der Einräumung von Verbandsautonomie. Bei den Minimalgrenzen gehe es um das Mindestmaß an „Selbstgesetzgebung“, das der Staat den Verbänden nach deutschem Verfassungsrecht einräumen müsse. Hierzu gehöre, daß der Staat den Verbänden die Chance zur Selbstregulierung von Streitigkeiten zwischen Verband und Mitgliedern gebe. Staatlicher Rechtsschutz dürfe im Grundsatz erst dann gewährt werden, wenn die Möglichkeiten einer internen Konfliktlösung ausgeschöpft seien (182). Zustimmung kann man VIEWEG auch, daß es keine Pflicht des Staates gebe, die Verbandsautonomie zum Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) wegen Eigengefährdung der Sportler bei der Ausübung von Hochleistungssport zu beschneiden (168f.).

Einige Formen der Ausübung von Hochleistungssport sind sicherlich gesundheitsgefährdend, eine Pflicht zum Einschreiten ergibt sich für staatliche Organe nicht, solange man von einer selbstverantwortlichen Entscheidung des Sportlers ausgehen kann. Interessant wäre es allerdings gewesen zu erfahren, ob VIEWEG dieses Recht zur staatlichen Zurückhaltung auch bei der derzeit stark diskutierten Dopingproblematik annähme (siehe dazu STEINER, in: Württembergischer Fußballverband [Hrsg.]: Doping und Sport. 1990, 50ff.).

Der Staat darf aber vor dem verbandsinternen Geschehen auch nicht völlig „die Augen verschließen“. Die insofern zulässige Maximalgrenze verfassungsrechtlich zulässiger Zurückhaltung sieht VIEWEG in der allgemeinen staatlichen Justizgewährleistungspflicht (169). Diese Pflicht bleibt allerdings in ihrer Ableitung als auch in ihren konkreten rechtlichen Ausformungen nach der Konzeption VIEWEGs eher unklar. Überzeugender wäre es gewesen, von vornherein darauf abzustellen, daß der Staat verpflichtet ist, die Grundrechte (körperliche Unversehrtheit, Berufsfreiheit, Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit) gegen Beeinträchtigungen von privater dritter Seite, also auch durch Sportverbände, zu schützen. Je stärker ein Sportler durch eine Verbandsentscheidung in einem seiner Freiheitsrechte betroffen wird, desto stärker ist der Staat verpflichtet, gegen die Maßnahme gegebenenfalls Rechtsschutz zu gewähren. Diesen Schutzpflichtgedanken verwirft VIEWEG allerdings zunächst (169 und 172), stellt dann (172) aber doch darauf ab, daß es durch Entscheidungen der Verbände nicht zu „Grundrechtsfehlabgrenzungen“ kommen dürfe. Damit ist wohl letztlich etwas Ähnliches gemeint.

(4) Die deutsche Rechtsordnung ist durch die Zweiteilung in öffentliches und privates Recht gekennzeichnet. Das öffentliche Recht befaßt sich — vereinfacht ausgedrückt — mit den Rechtsbeziehungen, an denen der

Staat in spezifischer Weise beteiligt ist, während das Privatrecht das Recht der Privatleute ist. Damit gehören die Probleme des Verhältnisses der Sportverbände zu ihren unmittelbaren und mittelbaren Mitgliedern zunächst letzterem Bereich an. Sportverbände und ihre Mitglieder sind Privatrechtssubjekte; die rechtsdogmatische Bewältigung ihrer Beziehungen obliegt der Privatrechtswissenschaft, die hier zu besprechende Arbeit ist konsequent eine privatrechtliche Habilitationsschrift. In der Untersuchung VIEWEGS nehmen gleichwohl vor allem verfassungsrechtliche Fragen einen breiten Raum ein. VIEWEG trägt damit durchgehend der Erkenntnis Rechnung, daß das Privatrecht gegenüber dem Verfassungsrecht nicht autonom ist, sondern von ihm vielfach beeinflußt und mitbestimmt wird und sich in seiner konkreten Ausgestaltung vor ihm rechtfertigen lassen muß. Dies gilt gerade dann, wenn zwischen den beteiligten Personen faktisch kein Gleichgewichtsverhältnis herrscht, so gerade auch im Verhältnis der weitgehend über eine monopolartige Stellung verfügenden Sportverbände und ihren Mitgliedern.

Sehr ausführlich untersucht VIEWEG insoweit — auch unter verfassungsrechtlichen Aspekten — die Frage, inwiefern für von Verbänden ausgesprochene Entscheidungen, vor allem Disqualifikationen, Sperren, Suspendierungen etc., eine Grundlage in der Verbandsatzung vorhanden sein muß und inwieweit eine Regelung etwa in einer Spiel- oder Wettkampfordnung (sogenannte Nebenordnungen) ausreicht (197 ff.). Tendenziell befürwortet VIEWEG hier eine den Flexibilitätsinteressen der Verbände stärker entgegenkommende Haltung, als sie zur Zeit vor allem von der Rechtssprechung des Bundesgerichtshofs eingenommen wird. Er plädiert daher in vielen Fällen für die Zulässigkeit einer Regelung in einer einfacher zu aktualisierenden Nebenordnung.

Allerdings kann man — aus der öffentlich-

rechtlich geprägten Sicht des Rezensenten sei diese Bemerkung erlaubt — die Aussagekraft der Verfassung für den gerechten Interessenausgleich in privaten Rechtsverhältnissen bei dieser und anderen Fragen auch überschätzen und ihr darstellungsmäßig einen zu großen Platz einräumen. So sind die Bestimmungen des Grundgesetzes zwar gegenüber den Bestimmungen von Bürgerlichem Gesetzbuch und Zivilprozeßordnung höherrangig, aufgrund ihrer Abstraktheit aber auch vielfach ohne konkrete Aussage für den speziellen Problembereich. Deshalb läßt sich sicher darüber streiten, ob nicht dem Anwendungs- und Auslegungsvorrang des einfachen Rechts auch ein noch deutlicherer Darstellungsvortrag entsprochen hätte und das Verfassungsrecht nicht bei jeder Einzelfrage, sondern erst dort zu aktivieren ist, wo es um wirkliche Zweifelsfälle geht. Je mehr man das Verfassungsrecht ins Spiel bringt, um so weniger konkrete Aussagen sind möglich, um so mehr kommt man zu „Einerseits-andererseits-Aussagen“, wie die von VIEWEG gewonnenen Abwägungsformeln deutlich zeigen — etwa 226: Für die Entscheidung über die richtige Regelungsebene, also Satzung oder Nebenordnung, solle es auf eine Abwägung des objektivierten Verbandsinteresses und des Interesses der typischerweise betroffenen Mitglieder ankommen. Unverhältnismäßig sei die Forderung der Aufnahme in die Satzung dann, wenn das gemeinsame oder abgewogene Interesse von Verband und Mitgliedern die pragmatischen Interessen in den Vordergrund rücke. Interessant sind die Argumentationsstränge VIEWEGS gleichwohl, zumal die Arbeit dadurch ein weiterer Beleg für die These ist, daß sich das Privatrecht gegenüber dem öffentlichen und dabei insbesondere dem Verfassungsrecht seit längerem in einer Position der Defensive befindet. Vor allem sind die Untersuchungen VIEWEGS aber ein deutliches Signal gegen Bestrebungen, das Privatrecht gegenüber dem höherrangigen Verfassungsrecht

Besprechungen

autonom zu halten, die in der Vergangenheit oft in einer Blindheit für verfassungsrechtlich gebotene Wertungen geendet haben und vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden mußten.

(5) Die Untersuchung VIEWEGS ist aufgrund ihres wissenschaftlichen Anspruchs, ihrer Thematik und der Fülle des verarbeiteten rechtstatsächlichen und rechtsdogmatischen Materials und des fachübergreifenden Ansatzes ein Beitrag, der für die weitere Entwicklung des Sportrechts zu einem systematisch eigenständigen Rechtsgebiet von kaum zu überschätzender Bedeutung ist. Sie muß den Sportrechtler interessieren. Für den nichtjuristischen Sportwissenschaftler ist ihre Lektüre sicherlich nicht einfach, zweifellos aber lohnenswert. Dabei eignet sie sich weniger für die Information über Einzelfragen (leider enthält die Schrift kein Stichwortregister), um so mehr aber für eine anspruchsvolle allgemeine Orientierung in tatsächlichen und rechtlichen Fragen im Hinblick auf das nationale und internationale Sportverbandswesen. Die Einordnung des Sportrechts, insbesondere der verbandsrechtlichen Probleme, in die herkömmlichen juristischen Grunddisziplinen ist durch die Arbeit VIEWEGS allerdings nicht einfacher geworden. Die alleinige Zuweisung in den Zuständigkeitsbereich des Privatrechts kommt jedenfalls auf ihrer Grundlage nicht in Betracht, ein Ergebnis, das sich der Zustimmung öffentlich-rechtlich am Sport interessierter Personen und Instanzen — trotz möglicher Kritik hinsichtlich der einen oder anderen auch grundsätzlichen Frage — sicher sein kann.

G. MANNSSEN